Südschleswigscher Wählerverband

SSW

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: landtag@ssw.de

Präsemadiiling
Kiel, 27.11.2013

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Geburtshilfe auf Sylt: Asklepios und die Bundesregierung müssen Antworten liefern

Der Hauptausschuss des SSW hat den Asklepios-Konzern aufgefordert, seinem Versorgungsauftrag bei Gynäkologie und Geburtshilfe auf Sylt auch künftig gerecht zu werden. Notfalls müsste das gesamte Versorgungspaket der Nordseeklinik neu ausgeschrieben werden, forderten die Delegierten in einer Resolution an Klinikbetreiber, Land und Bund.

Die Asklepios Klinik habe einen medizinischen Versorgungsauftrag im Rahmen der Krankenhausplanung übernommen und müsse diesen ohne wenn und aber erfüllen, stellten die Kreisverbandsvertreter des SSW klar. Dazu gehöre auch eine Geburtshilfe, die den gebärenden Frauen auf Sylt wohnortnah die bestmögliche medizinische Versorgung gewährleistet.

„Dass sich die privatärztliche Behandlung von Golfspielern wirtschaftlicher darstellen lässt als das Durchtrennen einer Nabelschnur, mag so sein, darf aber nicht zum Maßstab bedarfsgerechter Versorgung werden. Wer ein Leistungspaket übernimmt, muss auch ein Leistungspaket liefern“, fasst Parteisprecher Per Dittrich die Diskussion zusammen.

Sollte Asklepios die Geburtshilfe der Nordseeklinik wie angekündigt zum Jahreswechsel schließen, müsse das Land konsequenterweise prüfen, ob

SSW IM LANDTAG

Asklepios insgesamt noch der Krankenhaus-Partner für Sylt sei. „Dann muss alles auf den Tisch“, so Dittrich.

Die Landesregierung wird ferner aufgefordert, ein Gutachten der Asklepios-Gruppe zu prüfen, wonach die bisher praktizierte Kostenübernahme der Versicherungsleistungen gynäkologischer Belegärzte durch die Klinik gegen EU-Wettbewerbsrecht verstoße.
Sollte dem so sein, sind Schließungen in ganz Deutschland vorprogrammiert. Dann muss die Bundesregierung sich auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass das Wettbewerbsrecht der Wirklichkeit medizinischer Versorgung im ländlichen Raum gerecht wird, forderten die SSW-Delegierten.

Das eigentliche Kernproblem seien jedoch die seit Jahren explodierenden Beiträge zur Berufshaftpflichtversicherung, stellte der Hauptausschuss klar. Die Versicherungsbeiträge für Ärzte und Hebammen hätten mittlerweile Dimensionen erreicht, die in Eigenregie kaum noch zu leisten seien. Dies führe bundesweit dazu, das immer mehr Hebammen zur Aufgabe ihres Berufs gezwungen würden, und dass Kliniken, insbesondere im ländlichen Raum, zunehmend ihr Leistungsspektrum dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit unterordnen würden und versuchten, sich von defizitären Leistungen zu trennen.
Deshalb fordert der SSW-Hauptausschuss in seiner Resolution die Bundesregierung auf, das Übel endlich an der Wurzel zu packen.

„Ein staatlicher Fond, in dem die Versicherungsprämien von Ärzten und Hebammen gedeckelt werden, wäre ebenso denkbar wie die Gründung einer öffentlich-rechtlichen Versicherung zur Schadensregulierung nach dänischem Vorbild. Fakt ist, dass etwas passieren muss, wenn wir die Geburtshilfe in der Fläche erhalten wollen“, so Parteisprecher Dittrich. Dies sollte nicht zuletzt vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung minimales Ziel aller Beteiligten sein.

Link:
<link http: www.ssw.de uploads media resolutiongeburtshilfe26.11.2013.pdf>**Die Resolution im Volltext**

SSW IM LANDTAG